
Urs Müller-Plantenberg

Keynes und die Schuldenspirale



Dr. Urs Müller-Plantenberg, geb. 1937 in Marienburg/Westpreußen, Studium von Mathematik und Geschichte in Marburg und Berlin, Tätigkeit am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, ist Privatdozent am Institut für Soziologie und am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin. Sein Hauptarbeitsgebiet ist die Politische Soziologie der Länder des Südkegels von Lateinamerika (Chile, Argentinien, Uruguay).

Seit John Maynard Keynes während der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre auf die wachsende Arbeitslosigkeit mit seiner Forderung nach wachsender Staatstätigkeit antwortete, ist die Aufnahme von Schulden durch den Staat zur Förderung der Nachfrage, das sogenannte *deficit spending*, salonfähig geworden. Keynes ging davon aus, dass diese durch staatliche Schulden finanzierte Nachfragesteigerung zwar nicht notwendig zu direkten Erträgen aus den getätigten Investitionen, wohl aber zu einem weniger starken Rückgang der Produktion und schließlich zu einer Beendigung der Rezession führen werde. Seine *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*¹ war zwar insofern sehr speziell, als sie im Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse der Wirtschaftspolitik in Zeiten von Deflation und Rezession entwickelt worden war und die aus der Staatsverschuldung drohenden Inflationsgefahren eher vernachlässigte; aus der Tatsache, dass er eine dauerhafte Staatsverschuldung kaum zum Thema gemacht hat, lässt sich aber schließen, dass er gegen eine Verallgemeinerung seiner Vorschläge im Sinne einer antizyklischen Wirtschafts- und Finanzpolitik wohl nichts einzuwenden gehabt hätte. Eine solche antizyklische Politik müsste dann dafür sorgen, dass in der Phase der Erholung die Schulden wieder abgebaut und eine Konjunkturücklage geschaffen würde, die es dann erlauben würde, das *deficit spending* während der nächsten Flaute zu begrenzen.

Eine solche - durchaus sinnvolle und, wie sich häufig genug erwiesen hat, auch praktisch wirksame - antizyklische Wirtschafts- und Finanzpolitik des Schuldenmachens

¹ John Maynard Keynes, *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London 1936, deutsch: *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin 19947

in der Rezession und des Schuldenabbaus in Zeiten der Hochkonjunktur hat es in den kapitalistischen Ländern des Zentrums nur sehr selten geben. Meistens wurden, weil das der bequemste Weg war, in der Rezession antizyklisch Schulden gemacht, um aus der Talsohle herauszukommen, und in Zeiten der Hochkonjunktur prozyklisch Schulden gemacht, um die günstige Konjunktur nicht zu gefährden. Inzwischen hat sich sogar eingebürgert, dass man schon von antizyklischer Konjunkturpolitik redet, wenn nur die Höhe der Nettoneuverschuldung entgegen dem Zyklus steigt oder sinkt. Das heißt: Die Schulden steigen in jedem Fall, mal schneller, mal langsamer.

Staatsverschuldung, ursprünglich von Keynes als eine zeitweilige Medizin verstanden, ist als Dauerdroge schließlich sogar zum Markenzeichen eines missverstandenen „Keynesianismus“ geworden. Bisweilen wird sogar darüber diskutiert, ob es eine „optimale“ Schulden- oder Defizitquote geben könne. Neoliberale Theoretiker der Schule des *Public Choice* wie James Buchanan und Richard Wagner haben gleichwohl Keynes selbst für dieses „Erbe“ verantwortlich gemacht, indem sie nachzuweisen versuchten, dass die zeitweilige Hinnahme eines Haushaltsdefizits unter demokratischen Vorzeichen zwangsläufig in die dauerhafte Staatsverschuldung führen muss.² Sie haben daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass nur ein Verbot jeglicher Haushaltsdefizite durch die Verfassung der wirtschafts- und finanzpolitischen Vernunft in ihrem Sinne zum Durchbruch verhelfen könne.

Solcher – nun direkt gegen die Lehre von Keynes gerichteter – Rigorismus, der die Möglichkeiten einer demokratischen Konjunktursteuerung grundsätzlich verwirft, hat unter dem Zwang der Schuldenlast und knapper Kassen seit den achtziger Jahren allerdings seine Chance erhalten. Nun geschah auch die Drosselung der Staatsausgaben nicht antizyklisch, sondern permanent und machte damit ein Engagement gegen Rezession und Arbeitslosigkeit immer schwieriger.

Beschäftigung und Verteilung – durch Wachstum?

In der *Allgemeinen Theorie* von Keynes wird man nach dem Wort „Wachstum“ lange suchen können, ohne es zu finden. Die Periode, in der er seine Theorie entwickelte, war eine Zeit der allgemeinen Depression, des Tiefstandes im Konjunkturzyklus. An stetiges Wachstum war um die Mitte der dreißiger Jahre nicht zu denken. Aber obwohl die Arbeitslosigkeit weiter verbreitet – und weniger abgesichert – war als jemals in den achtziger und neunziger Jahren, lag es Keynes fern, den Gedanken der Vollbeschäftigung aufzugeben, wie das heute allenthalben nur zu leicht geschieht. Und für die mittelfristige Aufrechterhaltung eines stabilen Beschäftigungsniveaus hielt er nicht stetiges Wachstum für erforderlich, sondern die „Vermeidung von Wirtschaftsschwankungen“.³ Wenn der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg im Wesentlichen abgeschlossen sei, postulierte er 1943, dann allerdings werde es langfristig „notwendig sein, sinnvollen Konsum zu fördern, Sparen zu missbilligen – und einen Teil des unerwünschten Überangebots

2 James M. Buchanan und Richard E. Wagner, *Democracy in deficit: the political legacy of Lord Keynes*, New York 1976

3 John Maynard Keynes, *Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung*, in: Norbert Reuter, *Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität*, Marburg 1998, S. 143

durch vermehrte Freizeit zu absorbieren, mehr Urlaub (welches ein wunderbar angenehmer Weg ist, Geld loszuwerden) und kürzere Arbeitszeiten“.⁴ Schon 1930, also inmitten der Wirtschaftskrise, hatte Keynes in einer Vorlesung über die „wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Enkelkinder“ – das ist die heute tätige Generation - festgehalten: „Für lange Zeiten wird der alte Adam in uns noch so mächtig sein, dass jedermann wünschen wird, *irgendeine* Arbeit zu tun, um zufrieden sein zu können. Wir werden mehr Dinge für uns selbst tun können, als es bei den Reichen heute üblich ist, und nur allzu froh sein, dass wir kleine Pflichten, Aufgaben und Routinesachen haben. Aber darüber hinaus sollen wir uns bemühen, die Butter auf dem Brot dünn zu streichen – um die Arbeit, die dort noch zu tun ist, soweit wie möglich zu teilen. Mit Drei-Stunden-Schichten oder einer Fünfzehn-Stunden-Woche kann das Problem eine ganze Weile hinausgeschoben werden. Denn drei Stunden am Tag reichen völlig aus, um den alten Adam in den meisten von uns zu befriedigen!“⁵ Kurz- und mittelfristig die Vermeidung von Wirtschaftsschwankungen - nicht: Wachstumsschwankungen – und langfristig eine starke Verkürzung der Arbeitszeit, das waren die Mittel, von denen sich Keynes die Sicherung der Vollbeschäftigung und auch eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums versprach.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Rekonstruktionsperiode in den europäischen Industriegesellschaften Wachstumsraten des Produkts ermöglicht, die überraschend hoch schienen und die Illusion genährt haben, es ließe sich auf Dauer ein Wachstum mit relativ hohen und stabilen Raten garantieren. Nun hat sich beispielsweise für die Bundesrepublik Deutschland ergeben, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung seit dem Zweiten Weltkrieg zwar von Konjunktur zu Konjunktur absolut um einen durchschnittlich sehr stabilen Betrag gewachsen ist, dass das aber wegen der jeweils wechselnden Basisgröße bedeutet, dass es kein exponentielles Wachstum mit einer stabilen durchschnittlichen Wachstumsrate gibt, sondern dass diese durchschnittliche Rate von Konjunktur zu Konjunktur allmählich und beständig sinkt.⁶

Die Annahme, es gebe eine im Prinzip mögliche stabile, als „normal“ anzusehende Wachstumsrate, deren Erreichung eine höhere Beschäftigung möglich machen würde, führt nun dazu, dass in der großen Mehrzahl der Jahre das wirkliche Wirtschaftswachstum hinter dem als „normal“ angesehenen zurückbleibt, was dann im Sinne von Keynes eine Wirtschaftsschwankung (nach unten) bedeuten und ein *deficit spending*, eine Schuldenaufnahme des Staates zum Zweck der Nachfragesteigerung rechtfertigen würde. Die eingebildete Krankheit – Rezession, wo doch nur Stillstand ist, Stillstand, wo nur geringes Wachstum ist – wird zum Anlass, aus der im Prinzip wirksamen kurz- und mittelfristigen Medizin eine unwirksame Dauerdroge zu machen und darüber das Mittel zu vergessen, das langfristig einzig wirksam für Vollbeschäftigung sorgen kann, nämlich die Arbeitszeitverkürzung. Das ist besonders deshalb bedenklich, weil die Umverteilungswirkungen von dauerhaft hohen Staatsschulden zugunsten der Reichen und, wie heute immer stärker wahrgenommen wird, zuungunsten der jüngeren und nachfolgenden Generationen ständig unterschätzt werden.

4 Keynes, Langzeitproblem, S. 142

5 John Maynard Keynes, Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder, in: Norbert Reuter, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg 1998, S. 123

6 Vgl. Urs Müller-Plantenberg, Zukunftsverbrauch. Probleme intergenerationaler Verteilung und sozialer Gerechtigkeit, in: Kommune, Heft 9, Frankfurt am Main 1998, S. 11 und Norbert Reuter, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg 1998, S. 35ff.

Wann machen Schulden Sinn?

Nun sind Schulden und insbesondere Staatsschulden nicht, wie uns die Monetaristen glauben machen wollen, prinzipiell des Teufels. Man muss nur wissen, was man sich mit ihnen einhandelt.

Das wahrscheinlich wichtigste Gesetz von Murphy besagt, dass man einen Kredit nur bekommen kann, wenn man nachweisen kann, dass man ihn eigentlich nicht braucht. Damit ist festgehalten, dass der Sinn von Krediten nicht darin besteht, jemandem aus einer finanziellen Notlage zu helfen. Vielmehr werden Kredite in der Regel in der Erwartung gegeben, dass der Kreditnehmer sie in einer Weise verwendet (investiert), die es ihm möglich macht, sie nach einer vereinbarten Zeit mit einem von der Lage auf dem Kreditmarkt abhängigen Zuschlag (dem Zins) zurückzuzahlen.

Entsprechend macht die Aufnahme von Schulden ökonomisch eigentlich nur Sinn, wenn dem geliehenen Geld Investitionen gegenüberstehen, aus denen Erträge erwartet werden, die die zu zahlenden Zinsen übersteigen werden. Ob sich diese Erwartung erfüllt, ist das Risiko der sich verschuldenden Partei. Sie wird aber, schon um auch in Zukunft neue Kredite zu erhalten, in jedem Fall versuchen, die Schulden zu bedienen, das heißt: sie samt Zinsen zurückzuzahlen. Ob sie tatsächlich zahlungsfähig bleibt oder vor der endgültigen Rückzahlung Bankrott macht, ist das Risiko der kreditgebenden Partei.

Im Altertum und Mittelalter war das Wissen über diesen Zusammenhang zwischen Erträgen und Zinsen Allgemeingut: Die Höhe der zu erwartenden Zinsen wurde von der Höhe der zu erwartenden Erträge abhängig gemacht. Es galt als Sünde, Zinsen für Kredite zu nehmen, die für den Kauf von Konsumgütern vergeben wurden. Und wenn der Koran die Zahlung von Zinsen einfach verbietet, dann nicht um die Aufnahme von Kapital für ertragreiche Investitionen unmöglich zu machen, sondern um sie in die Form einer direkten Beteiligung zu lenken, auf diese Weise das Risiko gleichmäßiger zu verteilen und extreme Formen der Schuldknechtschaft und finanziellen Abhängigkeit zu vermeiden.

Wie sehr dieser Zusammenhang zwischen Zinsen und zu erwartenden Erträgen aus dem Blick geraten ist, lässt sich beispielsweise an der Bestimmung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ersehen, wonach die jährliche Nettoneuverschuldung der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Gemeinden) die Gesamtsumme der Investitionen nicht überschreiten darf. Das klingt zwar so, als würde hier ein Zusammenhang zwischen Zinsen und Erträgen hergestellt; tatsächlich handelt es sich aber nur um das Verhältnis zwischen einem Teil der aufgenommenen Schulden (nämlich allen neuen Schulden abzüglich derer, die gemacht wurden, um alte Schulden zurückzuzahlen) und den Investitionen. Weder die Höhe der Zinsen, noch die Ertragsträchtigkeit der eingeleiteten Investitionen muss bemüht werden, um der Bestimmung Genüge zu tun. Kapitalgräber wie der Schnelle Brüter in Kalkar gehen als Investitionen in diese Rechnung ein, obwohl sie nichts als Verluste bringen.

Wer einen Kredit aufnimmt, sich also verschuldet, steigert damit seine Liquidität, das heißt: die Finanzmasse, über die er im Moment verfügen kann, und nimmt dafür in Kauf, dass er später, wenn es an die Bedienung der Schulden geht, über weniger Liquidität verfügen wird. Umgekehrt verzichten die Leute, die gespart haben und einen

Kredit geben, heute auf Liquidität, um morgen bei der Rückzahlung der Schulden zusätzliche Einkünfte zu haben.

Wenn sich der Staat bei seinen reicheren Bürgerinnen und Bürgern mittels Anleihen, Schatzbriefen oder Obligationen verschuldet, bedeutet das praktisch, dass die heutigen und zukünftigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verpflichtet werden, die Zinsen für diese Wertpapiere an die Wohlhabenderen unter ihnen zu bezahlen. Welche Dimensionen dabei erreicht werden, kann man etwa daran sehen, dass die Schulden der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland inzwischen (1999) die Marke von 2,3 Billionen DM überschritten haben und dass dafür jährlich mehr als 130 Milliarden DM an die kreditgebenden Personen und Institutionen an Zinsen gezahlt werden müssen. Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt beträgt 3,4 Billionen DM.

Nur wenn sich der Staat bei allen seinen Bürgern in gleicher Weise verschulden würde, wäre die Wirkung der Staatsschulden innerhalb einer Generation verteilungsneutral. Da die Staatsschulden aber durch ihre ständige Umschichtung eine immer stärker langfristige Bedeutung erhalten, ist auch auf die Verteilungswirkung zwischen den Generationen zu achten. Durch das Erstellen von Generationenbilanzen, wie es heute als *generational accounting* immer häufiger geschieht, wird deutlich, welche Belastungen der jüngeren Generation und den zukünftigen Generationen aufgebürdet werden. Eine durchschnittlich immer älter werdende Bevölkerung (und Wählerschaft) wird geneigt sein, die Kreditfinanzierung von Gemeinschaftsaufgaben einer Finanzierung durch Steuern vorzuziehen. Sie trägt damit aber nur dazu bei, die Last der Steuerzahlenden in der kommenden Generation noch zu vermehren.

Solange der übliche Zinssatz abzüglich der Inflationsrate höher ist als die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts, ergibt sich durch den Mechanismus von Zins und Zinseszins mit mathematischer Folgerichtigkeit eine Spirale des Schuldenwachstums, die den Staat dazu zwingt, einen immer größeren Teil seiner Steuereinnahmen für die Bedienung der Schulden zu verwenden, was seine finanzielle Handlungsfähigkeit immer weiter schmälert. Je mehr sich ein Staat verschuldet, desto mehr ist er daher – mit allen schädlichen Folgen, die das für die Ökologie hat, – dazu verurteilt, eine Wachstumspolitik um jeden Preis zu betreiben, es sei denn, er lasse es darauf ankommen, durch Inflation die Ansprüche an ihn entwerten zu lassen.

Verschuldet sich ein Land im Ausland, so ist die Sache noch komplizierter, denn nun müssen die Zinsen nicht nur irgendwie aufgebracht werden, sondern in der Form von Devisen. Hier würde also die Aufnahme von Schulden eigentlich nur Sinn machen, wenn dem geliehenen Geld Investitionen gegenüberstehen, die so viel Erträge in Devisen erbringen, dass der gesamte Schuldendienst einschließlich Tilgung davon bestritten werden kann. Ist das nicht der Fall, wird das Schuldnerland gezwungen, durch Exportsteigerung und/oder Importsenkungen Ausfuhrüberschüsse zu erwirtschaften, aus denen der Schuldendienst finanziert wird. Eine Ausnahme bilden hier natürlich die Länder, deren Währungen Weltreservewährungen darstellen. Sie können sich – wie bisher vor allem die USA – den Luxus einer hohen Verschuldung wesentlich länger leisten, ohne von Gläubigerländern in die Mangel genommen zu werden. Aber auch das kann nicht ewig funktionieren, weil der Mechanismus der Schuldenspirale auf die Dauer auch hier wirkt.

Die Verschuldung Lateinamerikas

Gemäß der nach 1945 in Lateinamerika angewandten Strategie der importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) wurden in praktisch allen Ländern ausländische Unternehmen aufgefordert, Investitionen zu tätigen, um – unter Zollschutz – für den Binnenmarkt zu produzieren. Aus diesen ausländischen Direktinvestitionen gingen – und das war das Problem – nur in den seltensten Fällen Deviseneinkommen durch Exporte hervor. Wohl aber musste den Investoren gestattet werden, ihre Erträge in Devisen umzutauschen und auszuführen. Da diese Erträge aber die jeweils zum Zwecke der Investition eingeführten Devisen bei weitem überstiegen, mussten die fehlenden Devisen von den lateinamerikanischen Staaten durch Aufnahme von Auslandsschulden erworben werden. Damit entstand und entwickelte sich die lateinamerikanische Schuldenspirale. In einem wirtschaftspolitischen Klima, in dem der ökonomische Rückstand der lateinamerikanischen Nationen gewissermaßen als Dauerrezession gewertet wurde und Staatsschulden als vulgärkeynesianische Medizin gepriesen wurden, blieb diese Schuldenspirale lange Zeit unbeachtet.

Zwischen 1950 und 1982 lagen die aus Lateinamerika ausgeführten Erträge aus den Direktinvestitionen höher als diese Investitionen selbst. Aber diese Investitionen selbst stammten zum ganz überwiegenden Teil aus der Mobilisierung innerer Ressourcen Lateinamerikas. Stellt man nur die Direktinvestitionen den ausgeführten Erträgen gegenüber, so ergibt sich ein enormer Ressourcentransfer aus Lateinamerika in die Industrieländer in Höhe von mehr als 50 Milliarden US-Dollar für diese Zeit. Dieser Transfer wurde allerdings kompensiert und ab 1975 überkompensiert durch die im Ausland aufgenommenen Schulden. Wirklich frisch investiert wurden vom Ausland weniger als neun Milliarden US-Dollar.

Die Ölkrisen von 1973 und 1978 erbrachten für die ölexportierenden Länder Lateinamerikas (Venezuela, Mexiko, Ecuador, Peru, in geringerem Umfang auch Kolumbien und Bolivien) erhebliche Einnahmesteigerungen aus den Exporten. Sie brachten aber vor allem die Möglichkeit, mit den Ölmilliarden aus den arabischen Ländern, für die über die Privatbanken der Industrieländer nach Anlagemöglichkeiten gesucht wurde, lang gehegte Wünsche in Erfüllung gehen zu lassen. In den Jahren von 1975 bis 1981 gab es einen einmaligen Ressourcentransfer von insgesamt rund 85 Milliarden US-Dollar, der von den gerade in diesen Jahren in Lateinamerika herrschenden Militärdiktaturen weder in langfristig nützliche Investitionen noch in den Konsum der großen Massen der Bevölkerung floss.

Die „billigen“, das heißt zu niedrigen Zinssätzen angebotenen Kredite wurden zu allen möglichen Zwecken genutzt: für Waffen und militärische Ausrüstung in Argentinien, Chile, Peru; für industrielle und infrastrukturelle Prestigeprojekte in Brasilien und Mexiko; für die Vorfinanzierung von Luxuskonsum in Venezuela und Chile; für die Umleitung auf private Auslandskonten (sogenannte „Kapitalflucht“) in Argentinien usw. Die Schulden Lateinamerikas steigerten sich in diesen wenigen Jahren von etwa 100 auf etwa 315 Milliarden US-Dollar im Jahre 1982. Diese absolut verantwortungslose Unterbringung der Ölmilliarden in den Entwicklungsländern – und insbesondere in Lateinamerika – wurde von der ökonomischen Fachwelt als gelungenes „Recycling“ gefeiert und als Beweis für das reibungslose Funktionieren des Kapitalmarkts auch in Krisenzeiten genommen.

Mit der 1982 plötzlich eintretenden Zahlungsunfähigkeit Mexikos begann die allgemeine Schuldenkrise Lateinamerikas, in der der Automatismus der Schuldenspirale voll durchschlug. Von jetzt ab wurden den lateinamerikanischen Ländern neue Kredite fast völlig verweigert. Stattdessen wurden sie gezwungen, aus den weitgehend stagnierenden Exporterlösen den hohen Schuldendienst zu bezahlen, was nur bei schnell sinkenden Importen möglich war. Das Ergebnis war ein wirtschaftlicher Schrumpfungsprozess, wie er sonst nur in Kriegszeiten beobachtet werden konnte. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung sank zwischen 1980 und 1990 in ganz Lateinamerika im Durchschnitt um zehn Prozent.

Der Nettoressourcentransfer, der zwischen 1982 und 1990 von Lateinamerika in den Rest der Welt stattfand, hatte eine Größenordnung von insgesamt 220 Milliarden US-Dollar. Das bedeutet real, dass jede Lateinamerikanerin und jeder Lateinamerikaner in dieser Zeit im Schnitt Güter im Wert von etwa 900 DM ohne jede Gegenleistung in die Erste Welt geschickt hat. Man kann sagen, dass Lateinamerika in den achtziger Jahren mit einem dreifachen Marshallplan zum Wohlergehen der Ersten Welt beigetragen hat.⁷ Aber auch mit dieser enormen Wohlstandshilfe der Dritten Welt für die Erste Welt wurden die Schulden Lateinamerikas nicht etwa abgebaut: Von 1982 bis 1990 stiegen die Auslandsschulden weiter von 315 auf knapp 440 Milliarden US-Dollar.

Wesentliches Ergebnis der Schuldenkrise war vor allem die Möglichkeit zur Disziplinierung der Schuldnerländer. Der Internationale Währungsfonds (IWF), 1944 ursprünglich mit dem Ziel gegründet, gelegentliche Währungsprobleme zwischen den kapitalistischen Industrienationen zu überwinden, wurde jetzt zum bevorzugten Instrument, mit Hilfe dessen diese Länder die Zahlungsbilanzschwierigkeiten von Ländern der „Dritten Welt“ und besonders Lateinamerikas ausnutzen konnten, um diese zu disziplinieren und zur Einhaltung der Spielregeln des kapitalistischen Systems nach innen und nach außen zu zwingen. Der IWF übernahm die Aufgabe, die Länder dazu zu zwingen, als Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären voll zur Verfügung zu stehen und im Sinne der sich zu dieser Zeit durchsetzenden neoliberalen Wirtschaftstheorie staatlichen Programmen zur Linderung sozialer Not, zur Förderung von Gesundheit und Bildung und zur Unterstützung entwicklungsstrategisch wichtiger Wirtschaftssektoren abzuschwören.

Spätestens seit dem Beginn der Verschuldungskrise hat sich auch die Weltbank mit ihren „Strukturanpassungsprogrammen“ voll in den Dienst einer Politik gestellt, die nicht nur kurzfristig die Zahlungsfähigkeit der verschuldeten Länder erzwingen soll, sondern auch eine langfristige „Gesundung der unterentwickelten Länder“ im Sinne einer Umstrukturierung nach neoliberalen Modellen mit möglichst vollständiger Integration in den Weltmarkt erreichen will.

Besonders gegen Ende des verlorenen Jahrzehnts der achtziger Jahre sind immer wieder Versuche gemacht worden, das Schuldenproblem Lateinamerikas durch Teilerlass von Schulden oder durch Zinsnachlass zu bewältigen. Die Resultate dieser Pläne sind kümmerlich geblieben.

Seit 1990 findet eine allmähliche Erholung der lateinamerikanischen Ökonomien statt. Gleichzeitig sind auf den internationalen Kapitalmärkten die Zinssätze gesunken. Die lateinamerikanischen Länder haben von dem höheren Angebot an relativ günstigen

7 Vgl. Franz J. Hinkelammert, Der Schuldenautomatismus – Ein Marshallplan für die Erste Welt, in: Dietmar Dirmoser u. a., Lateinamerika. Analysen und Berichte, Band 13, Verlierer der Weltwirtschaft, S. 45ff.

Darlehen und Krediten regen Gebrauch gemacht und die Auslandsschuld auf jetzt 645 Milliarden US-Dollar gesteigert. Sobald die Zinssätze wieder ansteigen sollten und das Kreditangebot nachlässt, geraten viele Länder erneut in eine Situation extremer Verwundbarkeit, wie man jetzt besonders an den Folgen der Asienkrise in Brasilien beobachten kann. Es genügt, dass der Gouverneur des Staates Minas Gerais sich weigerte, eine vergleichsweise lächerliche Summe an die brasilianische Bundesregierung zurückzuzahlen, um den Traum von der nachhaltigen Geltung des Plan Real wie eine Seifenblase zerplatzen zu lassen. Die erzwungene Abwertung des brasilianischen Real hat die ohnehin immense Auslandsschuld in Landeswährung noch einmal um 20 Prozent gesteigert.⁸

Jeder ernsthafte Versuch einer Lösung der lateinamerikanischen Schuldenkrise muss von der Einsicht ausgehen, dass in den allermeisten Fällen die Schulden unbezahlbar sind. Das schlägt sich im allgemeinen auch nieder in den Prozentsätzen, zu denen die Schuldentitel international gehandelt werden, und in den Wertberichtigungen, die die internationalen Privatbanken zum Zwecke der Steuersenkung vornehmen. Entsprechende Schuldenerlasse werden nur deswegen nicht vorgenommen, weil damit die Disziplinierungsmöglichkeiten, die die „Schuld knechtschaft“ bietet, entfallen würden.

Sollte jemals ein Land in den Genuss eines vollständigen Schuldenerlasses kommen, müsste man seiner Regierung dringend raten, die Aufnahme von Krediten nur zu erwägen, wenn sie wirklich Sinn machen. Besser noch wäre es, sich zunächst eine Konjunkturrücklage zu ersparen, auf die in Zeiten ernsthafter Rezession zurückgegriffen werden kann.

8 Vgl. Barbara Fritz, Ende eines Modells, in: die tageszeitung, 22. Januar 1999, S. 12